Frankfurter Neue Presse
11. 3. – 25. 3. 2005
Großes Kreuzfahrt-Abenteuer mit der „Vistamar“:
Auf dem Amazonas
Von Peru bis nach Belém
REISEPREIS p. P. ab/bis Frankfurt am Main

2-Bett-Kabine innen ab
€ 2.740,–
2-Bett-Kabine außen ab
€ 3.590,–
Information & Buchung nur beim Veranstalter:
plantours & Partner GmbH
Obernstraße 76, 28195 Bremen
Tel. (04 21) 173 69-30, Fax (04 21) 173 69-35
Mehr Infos: fnp.de/leserreisen
LESERKREUZFAHRT

Frankfurter Neue Presse

Montag, 11. Oktober 2004
Jahrgang 59 - Nr. 237

D 2637 A
€ 1,00

Tages Anzeiger

Vorteil für Kerry

TV-Duell der Bewerber ums US-Präsidentenamt

Seite 5

Papagei in der Apotheke

„Nelson“ erhitzt die Gemüter

Seite 3

Erinnerung an Piroschka

Liselotte Pulver feiert ihren 75. Geburtstag

Seite 28

Gefangen im Alltag

Oskar Roehler über seinen neuen Film

Kultur Seite 1

NACHRICHTEN

IG Metall schreibt rote Zahlen

Dresden. Die Mitgliederzahl der IG Metall ist im vergangenen Jahr von 2,64 auf 2,53 Millionen zurückgegangen, die Einnahmen schrumpften deshalb von 457 auf 450 Millionen Euro, während die Ausgaben von 494 nur auf 491 Millionen Euro zurückgingen.

Castor-Transport startklar

Gorleben/La Hague. Der nächste Castor-Transport mit Atommüll aus der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague nach Gorleben ist startklar. Das Umweltministerium machte keine Angaben über den Zeitpunkt des Transportes.

WETTER

Gewinnzahlen: Seite 3
Wetter: letzte Seite

Die gute Nachricht

Reparatur aus der Luft

Trier. Stromversorger RWE stellte eine europaweit einzigartige Technik vor, bei der der Monteur auf einer am Hubschrauber fixierten Plattform ein 380 000 Volt-Hochspannungskabel flickt. Bisher wurden diese Leitungen abgeschaltet und auf den Boden gelassen – bei Kosten bis zu 10 000 Euro pro Schadstelle.

So erreichen Sie uns:

Abo-Service/Zustellung
Telefon: 0180-200-1133
Fax: (069) 7501-4490
E-Mail: fnp.leserservice@fsd.de

Redaktion
Telefon: (069) 7501-0
Fax: (069) 7501-4292
E-Mail: fnp.redaktion@fsd.de

Anzeigen
Telefon: (069) 7591-3336
Fax: (069) 7591-3337

60327 Frankfurt am Main
Frankenallee 71-81
Internet: http://www.fnp.de

Ein Tag. Ein Dienst.
rhein-main.net

11142
4 190263 701007

Eigenheim-Zulage erhalten

Hessen-SPD stellt sich gegen Eichel

Hanau. Mit relativ vielen Gegenstimmen ist am Wochenende die Führung der hessischen SPD wiedergewählt worden. Auf einem Parteitag in Hanau erhielt die zum linken Parteiflügel gerechnete Landesvorsitzende Andrea Ypsilanti 69,3 Prozent der gültigen Stimmen, knapp fünf Prozentpunkte weniger als bei ihrer ersten Wahl 2003.

Mit knapper Mehrheit sprach sich der Parteitag entgegen den Plänen von Bundesfinanzminister Hans Eichel für die Beibehaltung der Eigenheim-Zulage aus

Für Ypsilanti stimmten 212 Delegierte, 74 gegen sie, 20 enthielten sich der Stimme. Die Landtagsabgeordnete zeigte sich von dem Ergebnis sichtlich geschockt. „Ich bin eine Frau der deutlichen Aussprache“, sagte die 47-Jährige, die sich mehrfach mit Kritik am Kurs von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu Wort gemeldet hatte. „Ich habe mit meiner politischen Meinung nicht hinter dem Berg gehalten.“ Sie versuche, die Partei mit ihren unterschiedlichen Flügeln zusammenzuhalten, könne es aber nicht jedem Recht machen.

Gegen den energischen Widerstand Eichels trat der Parteitag für die Beibehaltung der Eigenheim-Zulage ein. Diese soll nach dem Willen der Landespartei aber nur noch den Beziehern unterer Einkommen zu Gute kommen. Der hessische Juso-Vorsitzende Tom Giese sagte, die von der Bundesregierung geplante Streichung der Eigenheim-Zulage treffe in erster Linie „unsere eigenen Wähler und junge Familien“.

Es mache keinen Sinn, wenn der Staat Kredite aufnehme, damit Private Vermögen bilden könnten, sagte Eichel in Hanau: „Die Schulden müssen runter, und wir brauchen Geld für Zukunftsaufgaben.“ Die Bundesregierung gebe jährlich sechs bis sieben Milliarden Euro für die Eigenheim-Förderung aus, obwohl dies ökonomisch unsinnig sei. Das Geld werde gebraucht für Kinderbetreuung, Forschung und Bildung.

Führende Repräsentanten der hessischen SPD riefen ihre Partei zu einem „Schulkampf“ gegen die Hessen-CDU auf. Die Landesregierung habe den Kindern und Eltern „den Krieg erklärt“, sagte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Walter. Die CDU-Regierung setze immer unverhohlener auf Auslese statt Förderung.

Hessens Ex-SPD-Chef Gerhard Bökel sagte, die Sozialdemokraten sollten die Auseinandersetzung nicht scheuen: „Der Kampf ist aufgenommen und wir müssen attackieren.“ Weniger begabte Kinder würden in Hessen durchgereicht bis zur Sonderschule. Eine neue Form von Schule sei notwendig.

Der SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering rief die Genossen zum „Durchstarten“ auf. Nach den Wahlen in Brandenburg und Sachsen sei die „Situation für die SPD wieder offen“, sagte Müntefering. Darauf dürfe sich die Partei aber nicht ausruhen, sondern müsse sich nun auf eigene Inhalte konzentrieren. Dazu zähle unbedingt die Bildungspolitik.

Zu Ypsilantis Stellvertretern an der Parteispitze wurden die Vorsitzenden der Bezirke Nord- und Südhessen, Manfred Schaub und Gernot Grumbach, sowie Fraktionschef Walter gewählt. Grumbach erhielt 56,6 Prozent der Stimmen, Schaub 92,5 Prozent und Walter 72,2 Prozent. ▶ Kommentar Seite 2

Familienfest der Schumachers

Suzuka. Michael Schumacher hat den Großen Preis von Japan gewonnen und sich damit seinen 13. Saisonsieg gesichert. Der bereits als Formel-1-Weltmeister feststehende Schumacher setzte sich am Sonntag in Suzuka im Ferrari vor seinem Bruder Ralf Schumacher (Williams-BMW) und dem Briten Jenson Button (BAR-Honda) durch. ▶ Seite 11

Sepp Maier muss gehen

Frankfurt. Sepp Maier ist nicht mehr Bundestorwarttrainer (BTT) der deutschen Fußball-Nationalmannschaft. Am Sonntagmorgen verkündete der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wenige Stunden nach der Rückkehr der DFB-Auswahl aus Teheran die Trennung vom Weltmeistertorwart von 1974. Am Samstag hatte die Mannschaft von Bundestrainer Jürgen Klinsmann den Iran mit 2:0 besiegt.

Der 60-Jährige war vor allem in der vergangenen Woche stark in die Kritik geraten, als er sich klar für Oliver Kahn als Deutschlands Nummer eins ausgesprochen hatte.

Der Rauswurf
Kommentar Seite 2
Sport Seite 8

Beerbaums Rechtfertigung

Berlin. Manfred von Richthofen hat die Dopingvorwürfe gegen Ludger Beerbaum und Bettina Hoy als „katastrophal für den gesamten deutschen Sport und besonders imageschädigend für die Reiterei“ bezeichnet. Beerbaum versucht dagegen, sich zu rechtfertigen: Die verbotene Substanz sei nur aus medizinischen Gründen benutzt worden. ▶ Seite 11

Friedenspreis für Esterházy

Péter Esterházy (l.) neben Bundespräsident Horst Köhler in der Frankfurter Paulskirche.

Frankfurt. Der ungarische Schriftsteller Péter Esterházy hat seine Landsleute zur Vergangenheitsbewältigung aufgefordert. Bei der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels sagte der im Kommunismus aufgewachsene Autor in der Frankfurter Paulskirche, es sei kein Zufall, dass es für Vergangenheitsbewältigung im Ungarischen kein Wort gebe. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte sei jedoch eine „europäische Pflichtarbeit“. Die mit 15 000 Euro dotierte Auszeichnung gilt als einer der bedeutendsten deutschen Kulturpreise. Esterházy wurde für die literarische Begleitung des Wandels in Osteuropa ausgezeichnet. Unter den rund 700 Gästen waren neben Bundesministern auch Bundestagspräsident Thierse, Bundespräsident Horst Köhler sowie Altbundespräsident von Weizsäcker. Laudator Michael Naumann würdigte Esterházy als „schrecklichen Unruhestifter“ und „Sprengmeister aller Vergangenheitsformen“. ▶ Kultur Seite 3

Privatisierung von Wohnungen dauert zwei Jahre

Frankfurt. Bis das vom Stadtparlament beschlossene Privatisierungsprojekt von 500 Wohnungen der ABG-Holding abgeschlossen sein wird, werden rund zwei Jahre vergehen. Das sagte der Geschäftsführer des städtischen Wohnungsbaukonzerns, Frank Junker. Die Wohnungen sollen den Mietern zum Kauf angeboten werden. ▶ Lokales

T-Online geht in Telekom auf

Bonn. Die Deutsche Telekom will ihre profitable Internet-Tochter von der Börse nehmen und wieder in den Mutterkonzern integrieren. Der Konzern bietet im Tausch eigene Aktien oder alternativ eine Barzahlung von je 8,99 Euro an – beim Börsengang hatte das Papier drei Mal so viel gekostet. ▶ Seite 6

Afghanistan-Wahl überwiegend fair

Kabul. Trotz etlicher Unregelmäßigkeiten ist die erste freie Präsidentenwahl in Afghanistan nach Ansicht von unabhängigen Wahlbeobachtern überwiegend frei und fair abgelaufen. Gegenkandidaten von Übergangspräsident Karsai, der als klarer Favorit gilt, rückten von ihrer Forderung nach einer Wahl-Wiederholung ab. ▶ Analyse Seite 4

Erstmals CDU-OB in Duisburg

Düsseldorf. Aus den Stichwahlen in Nordrhein-Westfalen ist keine der beiden großen Volksparteien als eindeutige Siegerin hervorgegangen. Die CDU konnte der SPD ihre bisherigen Hochburgen Wuppertal und Duisburg abjagen, die SPD eroberte dagegen Gelsenkirchen von der CDU zurück. SPD-Kandidaten konnten sich zudem in den Städten Dortmund, Leverkusen und Bochum durchsetzen. In Münster, Bielefeld, Essen und Krefeld siegten CDU-Kandidaten.

In der ehemaligen SPD-Hochburg Duisburg konnte CDU-Herausforderer Sauerland 61,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Damit stellt die CDU erstmals den OB der Stadt. Die bisherige Amtsinhaberin Zieling (SPD) erreichte nur knapp 39 Prozent. SPD-Landeschef Schartau hatte darauf gesetzt, Duisburg verteidigen zu können und für den Fall eines Verlusts der Stadt angekündigt, „in die Tischkante beißen“ zu wollen.

In Wuppertal muss zudem OB Kremendahl (SPD) sein Amt abgeben. Kremendahl räumte ein, der Spendenskandal in der Stadt sei für seine Niederlage trotz eines Freispruchs vor Gericht für ihn mit entscheidend gewesen. Auf Kremendahl entfielen nur 35,3 Prozent der Stimmen, sein CDU-Herausforderer Jung kam auf 64,7 Prozent.

Bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl ist ein zweiter Wahlgang nötig. Im ersten Wahlgang gewann Amtsinhaber Schuster, erreichte aber nicht die absolute Mehrheit. Auf den CDU-Politiker entfielen 43,5 Prozent. SPD-Kandidatin erreichte 32,8 Prozent. Grünen-Kandidat Palmer kam auf 21,5 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 46 Prozent.

Kopftuch-Verbot auch für Nonnen

Stuttgart. Das Verbot religiöser Kleidung für Lehrer an staatlichen Schulen in Baden-Württemberg gilt laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auch für Nonnen. So der „Spiegel“ unter Berufung auf die schriftliche Begründung des jüngsten Urteils des Gerichts zum baden-württembergischen Kopftuchverbot. Daraus gehe hervor, dass Ordensfrauen ihr Habit ablegen oder den Schuldienst quittieren müssten.

Die Landesregierung bleibt aber dabei, dass das Nonnen-Habit nicht unter die Regelung falle.

Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan (CDU) hatte versucht, mit einer Novelle des Schulgesetzes zwar islamische Kopftücher bei Lehrerinnen zu verbieten, christliche Symbole aber weiterhin zuzulassen. Etwa im katholisch geprägten Schwarzwald erteilen auch Ordensschwestern im Habit staatlichen Unterricht.

Die Bundesverwaltungsrichter erklärten nun, das Verbot religiöser Bekundungen müsse auf Grund des Gesetzes in Baden- Württemberg für alle Religionen gelten. Ausnahmen für bestimmte Formen religiös motivierter Kleidung in bestimmten Regionen kämen nicht in Betracht.

Schavans Gesetzes-Autor und Prozessvertreter, der Tübinger Juraprofessor Ferdinand Kirchhof, halte aber dagegen, beim Nonnen-Habit handle es sich um eine Berufstracht, die als solche nicht unter das Verbot religiöser Kleidung falle.

Vorausgegangen war ein jahrelanger Rechtsstreit mit der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin, der Baden-Württemberg die Einstellung als Lehrerin verweigerte, weil sie darauf bestand, ihr Kopftuch im Unterricht zu tragen.